

Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 342

Mittwoch, den 11. Dezember 1935

Jahrgang 1935

Englisch-französische Einigung über die Friedensvorschläge.

Starke Unruhe in politischen Kreisen Londons. — Caval mit den Beschlüssen
des englischen Kabinetts einverstanden.

Abschließende Besprechung in Paris.

DNB Paris, 10. Dezember.

Laval hatte am Dienstagmittag eine Unterredung mit dem britischen Botschafter Sir George Clerk und dem britischen Unterstaatssekretär Robert Balfour, die 40 Minuten dauerte. Sie überbrachten Laval die Darlegungen, die das britische Kabinett zu dem Plan Laval-Goare ausgearbeitet hat.

Beim Verlassen des Quai d'Orsay erklärte Unterstaatssekretär Sir Robert Balfour, er sei optimistisch und sehe keine Notwendigkeit zu einer weiteren Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten. Seiner Ansicht nach seien die französisch-englischen Besprechungen mit einer Einigung zum Abschluss gelangt. (Nach Weitermeldung Dienstagabend, daß über die Friedensbedingungen endgültig eine Einigung zwischen der britischen und der französischen Regierung erzielt worden ist.)

Wie anschließend an die Besprechung bekannt wird, soll der Wortlaut der von Laval und Goare am letzten Sonntag ausgearbeiteten Vorschläge im Laufe der Nacht nach Rom und Abbis überbracht werden. Vorausgesetzt wird Ministerpräsident Laval am Mittwochabend nach Genf abreisen.

Der römische Berichterstatter des „Matin“ meldet seinem Blatt, die diplomatischen Sachverständigen hätten im Laufe des Dienstag die Lage eingehend geprüft und seien zu dem Schluss gekommen, daß es drei Möglichkeiten gebe: 1. eine vollständige Zurückweisung der Vorschläge Laval-Goare, 2. eine sofortige und bedingungslose Annahme derselben und 3. eine Annahme dieser Vorschläge als Grundlage zu neuen Verhandlungen. Die erste Möglichkeit sei praktisch und durchführbar, die zweite schwierig in Anbetracht der kolonialen Lage und der Art und Weise, in der im Augenblick die inneren Angelegenheiten in Italien liegen, und 3. scheint man allgemein die dritte Möglichkeit ins Auge gefaßt zu haben.

Beruhigende Erklärung Baldwins im Unterhaus.

London, 10. Dezember.

Aus den Meldungen der Londoner Blätter ging heute morgen deutlich hervor, daß die Berichte aus Paris über den Inhalt der Vereinbarungen nicht nur bei der Opposition, sondern auch bei den konservativen Parlamentariern große Überraschung und Unruhe verursacht haben. Ueber den Eindruck im Unterhaus schrieb der Parlamentsmitarbeiter der „Times“:

„Den Ministern waren die aus Paris gemeldeten Einzelheiten des Abkommens Laval-Goare bekannt. Die Regierung beschloß trotzdem, keine Erklärung abzugeben. Sie weigerte sich auch, die Pariser Meldungen zu bestätigen oder ihre Richtigkeit zu bestreiten. Die Unterhausmitglieder haben daraus den Schluss gezogen, daß die Vorschläge zum mindesten im wesentlichen zutreffend sein müßten. Bei der Mehrzahl der Regierungsanhänger im Unterhaus ist, wie festgestellt werden muß, ein sehr ungünstiger Eindruck entstanden. Man war der Ansicht, daß die Vorschläge, falls sie auch nur annähernd richtig wiedergegeben seien, weit über das hinausgingen, was das Unterhaus zu billigen erachtet worden ist. Außerdem meinte man, Abseinen werde aufgefordert, eine größere Gebietsabtretung zuzugestehen, wie sie niemals im Unterhaus angeregt worden ist. Es wurde auch angegeben, daß die Pariser Bedingungen das volle Ausmaß dessen darstellen, was Laval zu gewähren bereit war. Sehr befohlen war man hinsichtlich der Frage, ob das Unterhaus ohne Verwahrung zur Zustimmung bereit sein wird.“

Nach der „Morningpost“ haben die aus Paris gemeldeten Bedingungen bei einem großen Teil der Parlamentarier beträchtliche Mißbilligung verursacht. Die Vorschläge würden in weiten Kreisen als ein am Völkerverbund und an Abseinen begangener Verstoß kritisiert. Der liberale „News Chronicle“ meldet, in parlamentarischen Kreisen sei ein Sturm der Empörung entstanden. Es heiße, daß der Friedensplan auch in der gestrigen Sitzung des Kabinetts scharf beanstandet worden und daß die Ansicht der Minister geteilt sei.

In den Wandelhallen des Unterhauses waren heute morgen offenbar auf Grund der Pariser Berichte am

Montag, abend Gerüchte im Umlauf, daß der Völkerverbundminister Eden zurückgetreten sei. Diese Gerüchte werden aber von maßgebender Seite für unzutreffend erklärt. Eden, der während des Urlaubs Soares stellvertretender Außenminister ist, wird, wie vorgesehen, am Mittwoch nach Genf reisen, um seine Regierung im 18er-Ausschuß zu vertreten.

Angeichts der Unruhe in parlamentarischen Kreisen hielt es Ministerpräsident Baldwin, der gestern sich noch weigerte, auf eine Anfrage eine klare Antwort zu geben, heute doch für richtig, eine beruhigende Erklärung im Unterhaus abzugeben. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß sie vor der abschließenden Unterredung des britischen Botschafters in Paris und des Unterstaatssekretärs Balfour abgegeben wurde. Voran ging eine Anfrage des Führers der Arbeiteropposition Attlee. Die Antwort Baldwins besagte:

„daß die Verhandlungen zwischen der britischen und französischen Regierung über die Friedensvorschläge zur Beilegung des abseinen Streites zurzeit noch im Gange seien, die Vorschläge hätten daher bisher weder Ablehnung noch Zustimmung übermitteln werden können.“

Baldwin bezog sich in seiner Erklärung die Nachrichten der französischen Presse über den Friedensplan als bedauerliche Indiscretionen, die eine schwierige und delicate Angelegenheit unangenehm und unnötig kompliziert hätten. Doch glaube er, daß

in wichtigen Fragen beträchtliche Unterschiede zwischen den ursprünglichen Vorschlägen und dem, was in der Presse steht, festzustellen seien.

Auf eine weitere Anfrage sagte Baldwin: „Ich habe diesen ganzen Morgen mit Beratungen über Berichte verbracht, die in dieser Frage durchgefallen sind, und ich bin noch nicht sicher, daß das Ende erreicht ist. Ich glaube, daß eine Besprechung in diesem Hause, bevor die Frage von den betroffenen Parteien erwogen werden kann, nichts Gutes wirken, sondern im Gegenteil sehr viel Schaden würde. Ich verpöchte mich, das Haus zu unterrichten in dem Augenblick, in dem eine Einigung über die Vorschläge erreicht ist und diese den betreffenden Parteien übermitteln worden sind.“

Auf eine Frage des Abgeordneten Sinclair, der wissen wollte, ob die Besprechungen über die Vorschläge des Fünferausschusses des Völkerverbundes hinausgingen, erklärte Baldwin, daß selbstverständlich Vorschläge in Betracht für die Annahme der Vorschläge sei, daß alle drei Parteien, der Völkerverbund und die beiden Länder, ihnen zustimmen müßten.

Die Beratungen des englischen Kabinetts über die Friedensvorschläge wurden heute mittag fortgesetzt. Wurde heute morgen u. a. von Frey Association gemeldet, daß das Kabinett in seiner außerordentlichen Sitzung am Montagabend die Ergebnisse der Pariser Besprechungen über den italienisch-abseinen Streit gebilligt habe, so berichtet heute abend der diplomatische Korrespondent des Reuters-Büros:

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Ueber 4 Millionen Mark!

Das endgültige Ergebnis des „Tages der nationalen Solidarität“.

DNB Berlin, 10. Dezember.

Das endgültige Ergebnis des „Tages der nationalen Solidarität“ 1935 beträgt RM 4 162 286,05.

Das Ergebnis des „Tages der nationalen Solidarität“ 1934 wurde im Rechenschaftsbericht des Winterhilfswerkes 1934/35 mit RM 4 021 593,71 ausgewiesen.

Das diesjährige Ergebnis liegt also um RM 140 692,34 höher als das Ergebnis des Jahres 1934.

Im folgenden geben wir eine Zusammenstellung der Ergebnisse in den einzelnen Gauen des Reiches mit den Vergleichszahlen zum Jahre 1934:

Gau	1934	1935
Groß-Berlin	RM 300 000,—	RM 319 193,21
Magdeburg-Anhalt	RM 165 000,—	RM 167 975,57
Hamburg	RM 54 000,—	RM 103 351,50
Pommern	RM 144 000,—	RM 111 702,57
Sachsen	RM 284 000,—	RM 293 486,97
München-Oberbayern	RM 128 000,—	RM 150 000,—
Württemberg	RM 200 000,—	RM 187 000,—

Thüringen	RM 159 000,—	RM 117 427,81
Weier-Ems	RM 76 000,—	RM 119 182,—
Süd-Hannover-Braunschweig	RM 107 000,—	RM 100 576,39
Westfalen-Süd	RM 99 000,—	RM 101 235,85
Schleswig-Holstein	RM 221 000,—	RM 204 000,—
Franken	RM 50 000,—	RM 88 172,19
Baden	RM 148 000,—	RM 141 500,—
Kurhessen	RM 77 000,—	RM 65 116,69
Ost-Hannover	RM 136 000,—	RM 175 000,—
Ostpreußen	RM 134 000,—	RM 169 000,—
Bayerische Ostmark	RM 110 000,—	RM 94 228,—
Wolgast-Saar	RM 61 000,—	RM 94 687,73
Saale-Meißburg	RM 89 000,—	RM 69 977,03
Bessen-Rastau	RM 220 000,—	RM 185 000,—
Westfalen-Nord	RM 127 000,—	RM 117 736,03
Mecklenburg-Vorpommern	RM 90 000,—	RM 110 582,17
Mitteldeutschland	RM 104 000,—	RM 119 638,17
Koblenz-Trier	RM 50 000,—	RM 43 827,76
Kurmark	RM 180 000,—	RM 175 000,—
Schwaben	RM 85 000,—	RM 67 912,—
Main-Stranzen	RM 48 000,—	RM 44 682,35
Schlesien	RM 232 000,—	RM 250 000,—
Rhein-Mosel	RM 102 000,—	RM 120 000,—
Essen	RM 46 000,—	RM 55 149,06
Endsumme	RM 4 021 593,71	RM 4 162 286,05

Wildschweinsjagd zu Gunsten des Winterhilfswerkes.



In dem berühmten Sappart Springe in Deister bei Hannover veranstaltete Reichsjägermeister Ministerpräsident Göring mit zahlreichen Gästen, unter ihnen der polnische Botschafter Erzengel Lipiński, eine Saujagd zu Gunsten des Winterhilfswerkes. Das Bild zeigt den Reichsjägermeister während der Jagd. Links neben ihm Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und hinter diesem der Staatschef des RM, H. G. G.

Tagesrundschaau.

Der Rücktritt Dr. Sahms.

Durch seinen Rücktritt und die Bitte um sofortige Beurlaubung hat der bisherige Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm den Weg für die Beilegung des Dualismus in der Verwaltung der Reichshauptstadt und damit für die Neuordnung der Verfassung Berlins freigemacht. Bekanntlich besteht die Reichshauptstadt zurzeit aus einer Verfassung, die den kommunalen Verhältnissen im übrigen Reich nicht entspricht, denn die neue Reichsgemeindeordnung hat für die Reichshauptstadt keine Gültigkeit. Die endgültige geordnete Neuordnung der Berliner Verwaltung im Zuge der allgemeinen Reichsreform dürfte nunmehr zu erwarten sein. Wenn aber durch das längst angekündigte Gesetz über diese Neuordnung eine von den beiden Spitzen der Berliner Verwaltung beauftragt werden sollte, so war es klar, daß Staat vor Stadt ging, daß also der Staatskommissar in der Verwaltung in Berlin dem Oberbürgermeister vorrangig. Dr. Sahm hat daraus die Konsequenz gezogen. Es bedeutet die Anerkennung seiner Fähigkeiten auf dem Gebiet der Verwaltung, wenn der Reichsminister mit Zustimmung des Führers und Reichsstaatssekretärs seine Übernahme in den Reichsdienst in Aussicht gestellt hat. Bei einer Würdigung der Verdienste des bisherigen Oberbürgermeisters um die Reichshauptstadt, an deren Spitze er seit dem März 1931 stand, ist zu berücksichtigen, daß er sein schweres Amt in einer Zeit übernahm, deren Kennzeichen gerade für Berlin die Nachwirkungen des Riesensturms waren, die die Stadt und die ungeliebte Wirtschaft aus der Zeit seines Vorgängers Böhm war. Die wüsten Lärmen im Buchstäblich „Roten Haus“ von Berlin waren damals an der Tagesordnung. Dr. Sahm hat einen nicht geringen Teil seiner Arbeitskraft im Kampf gegen Sozialdemokraten und Kommunisten aufgebracht, um die Stadt zu retten. 1877 in Anklam in Pommern geboren, wurde er 1912 zweiter Bürgermeister von Potsdam, nach dem Tode des Reichspräsidenten von Hindenburg am 25. Februar 1919 Oberbürgermeister von Danzig. Als Danzig freie Stadt wurde, wählte ihn der Reichspräsident zum Reichspräsidenten. Als solcher hat er die Interessen Danzigs nach außen, besonders dem Völkerverbund gegenüber, ebenso geschickt wie manhaft vertreten. Von Danzig aus kam er dann nach Berlin.

Ueberalterung der Philologen.

Zu einer Uebersicht über die Altersverhältnisse der Lehrerschaft der preussischen höheren Schulen werden im Amtsblatt des Erziehungsministeriums Mitteilungen über den Ueberalterungsprozeß gemacht, in dem sich unsere Philologenschaft befindet. Der Referent, Oberstudienrat Dr. Simon, stellt fest, daß für die Gesamtheit der festangestellten Philologen ein durchschnittliches Lebensalter von 49,1 Jahren nach dem Stande von Ende 1935 ergebe. Vor fünf Jahren belief sich das Durchschnittsalter noch auf 45,1 und Ende 1924 auf nur 42,2. In elf Jahren habe sich demnach das durchschnittliche Lebensalter um fast sieben Jahre erhöht. Ueberhaupt sei der Durchschnitt von 49,1 Jahren der höchste bisher errechnete Mittelwert. Dabei sei der Höhepunkt noch keineswegs erreicht. Die Philologenschaft stehe vor dem größten in der Geschichte je erlebten Ueberalterungsprozeß, wie er auch bei keiner anderen Beamtengruppe festzustellen sei. In fünf Jahren werde nahezu die Hälfte aller Festangestellten im Lebensalter zwischen 51 und 60 Jahren stehen, und mehr als drei Viertel aller Philologen würden 41 bis 55 Jahre alt sein. Wenn die jetzige Altersgrenze bestehen bleibe, würden nach fünf Jahren jährlich über 300, nach zehn Jahren jährlich 600 bis 700 Philologen allein durch Pensionierung auscheiden. Ganze Lehrerkollegien, die in den Jahren der Neugründungen von höheren Schulen um 1910 aus jungen Kräften zusammenge stellt wurden, würden mit einem Schlage verschwinden, und es sei sehr die Frage, ob dann geeignete Bewerber in genügender Zahl vorhanden sein würden, um die durch den Abgang entstehenden Lücken zu schließen. Freilich werde ein solcher Mangel an Akkessoren wie um 1907, wo in Preußen nur 138 anstellungsfähige Kandidaten zur Verfügung standen, nicht wieder eintreten, seien doch zur Zeit über 4000 Studienassessoren vorhanden und mehr als 2000 Referendare in der Ausbildung begriffen.

Drei- oder sechsjährige Mittelschule?

Mit der Mittelschule, dem „Kernstück des künftigen Schulbaus“, befaßt sich ein beachtlicher Aufsatz in der Zeitschrift für deutsche Kommunalpolitik „Der Gemeindegast“. Darin wird zu der Frage Stellung genommen, ob die selbständige sechsjährige Mittelschule (preussischer Art) weiter bestehen bleiben und in Landesteilen, wo man sie bis

her nicht kennt, eingeführt werden soll. Als entscheidende Gründe, die für die Mittelschule sprechen, werden angeführt: „Die Mittelschulen sind aus den örtlichen Bedürfnissen organisch emporgewachsen. Sie dienen der Ausbildung gut begabter Kinder mit vorzugsweise praktischer Befähigung. Sie sind bevorzugte Bildungsinstitutionen der Mittelschichten, aber auch Stätten gesunden Aufstrebens der handarbeitenden Volksschicht. Sie haben sich in der Systemzeit gegenüber allen Anfeindungen aus falsch verstandenem Einheitschulstreben behauptet. Nach vielen Zeugnissen aus Wirtschaft und Verwaltung, insbesondere auch aus der Kommunalverwaltung hat sich die Mittelschule bewährt.“ Ausführlich geht es über die Aufgaben der Mittelschulen auseinander, die von der Seite der Volksschule in früherer Zeit erhoben wurden, die zugleich auf die Möglichkeit von Aufbaufällen hindeuten:

„Gegen die Zusammenführung der geordneten Leistungen in eine abgeklärte Schulzeit (Aufbaufällen) besteht das Bedenken, daß ein etwa dreifacher Mittelschulenaufbau als allgemeine Erziehungsrichtung niemals die Höhe der sechsstufigen Mittelschule zu erreichen vermöchte, daß deshalb aber auch den Absolventen des Kurzlehrganges der allgemeine Zugang zu den höheren Fachschulen, zu den höheren mittleren Beamtenlaufbahnen usw. verweigert werden würde. In den kleinen Städten, die zur Zeit Mittelschuleinrichtungen haben, würde es kaum möglich sein, unter der langwierigen Reisezeit und Kleinhabtjüngend eine genügende Anzahl Kinder für eine dreijährige Ausbildung zu finden. Zahlreiche ländliche Mittelschulen würden nicht weitergeführt werden können und die schulmäßige Versorgung des Landes Schaden nehmen. Vor allem aber wird befürchtet, daß bei Abschaffung der selbständigen Mittelschule ein neuer starker Aufstrom zu den höheren Schulen einsetzte, die der Rückbildung bedürften. Ein gut ausgearbeitetes Mittelschulwesen, das sich der Weiterbildung der Eltern erfreut, ist ein Schutzwall gegen ungesunden Andrang zu den höheren und Fachschulen. Die Preisgabe der sechsstufigen Mittelschule würde auch Rückwirkungen für die Schulfinanzien haben: Ausfall der Schulgebühren dreier Jahrgänge; Freiwerden einer großen Zahl von Mittelschullehrern, für die die Unterhaltungsträger vermutlich die Gehaltsunterstützung tragen müßten; wenn etwa die höheren Schulen teilweise Aufgaben der Mittelschulen mit übernehmen müßten, so würde mit einer Steigerung des Bildungsaufwandes zu rechnen sein.“

Mit dem bekannten Hinweis, daß viele Schüler die höheren Schulen vorzeitig verlassen und bereits nach Abschluß der Untersekunda in das Berufsleben abtreten, wirft der Artikel die Frage nach dem Standort der Mittelschule im zukünftigen Schulbau auf und dazu die weitere, ob es nicht zu überlegen wäre, das Schwerkraft der Schulorganisation auf die Mittelschule zu verlagern. Hierzu wird besonders auf die Kostenfrage verwiesen. Nach Feststellungen, die auf Grund der Haushaltspläne 1935 der preussischen Großstädte getroffen wurden, beläuft sich der durchschnittliche Aufwuchsbedarf je Schüler (Schülerin) bei den höheren Schulen für die männliche Jugend auf rd. 899 RM., für die weibliche Jugend auf rd. 858 RM., bei den Mittelschulen auf rd. 168 RM.. In dem Aufsatz wird mit Recht betont, daß ganz allgemein ein gut durchorganisiertes Schulwesen nur dann zu halten ist, „wenn alle öffentlichen und privaten Stellen mehr und bewußter als bisher die Vorbildungsanforderungen für die von ihnen betreuten Laufbahnen in vernünftigen Grenzen halten. Die Ueberwertung formaler Schulbescheinigungen wird aufgehoben und mehr auf richtige Einschätzung der Persönlichkeit, ihrer Leistung und Bewährung in Lehre und Beruf geachtet werden müssen.“ Die Stadtverwaltung von Stettin hat jüngst den Zugang zur gehobenen mittleren Laufbahn der Beamten aus guten Volksschülern geöffnet. Im gleichen Sinne schlägt der Artikel: „Man sollte nicht nur den gut begabten Schülern Laufbahnaussichten eröffnen, sondern darüber hinaus auch vorzüglich bewährten jungen Leuten mit Volksschulbildung den Leistungsausschlag über die praktische Ausbildung, die Berufsschule und Fachschule eröffnen. Die Neuausrichtung des Verechtigungswezens und der Vorbildungsanforderungen ist eine Frage großen Ausmaßes, von deren richtiger Lösung die Möglichkeit eines gesunden Schulaufbaues abhängt.“

Feierliche Verteilung der Nobelpreise.

Eine Ansprache des deutschen Preisträgers.

DNB Stockholm, 10. Dezember.

In Anwesenheit des Königs Gustaf V. und mehrerer Mitglieder des schwedischen Königshauses fand am Dienstagmittag im großen Saal des Neuen Konserthouses die feierliche Verteilung der diesjährigen Nobelpreise statt. Im Gegensatz zum vorigen Jahr war unter den Empfängern des Preises diesmal auch die deutsche Wissenschaft durch Hans Spenmann vertreten.

Die Feier wurde eröffnet durch eine Ansprache des Vorsitzenden der Nobelpreisstiftung, Radeshauptmann Sammarstjöld, der das Werk und die Stiftung Nobels würdigte.

Dann überreichte der König in feierlicher Zeremonie die vier Nobelpreise. Den Preis für Physik erhielt der englische Gelehrte Hans Chadwick, die Preise für Chemie fielen an das französische Ehepaar Foliot Curie, und als vierter Preisträger empfing Professor Hans Spenmann, Freiburg im Breisgau, den Preis aus den Händen des Königs.

Der Nobelpreis besteht aus einer goldenen Medaille, einer Urkunde und einem Geld über 170 000 schwedische Kronen.

Am Abend fand im goldenen Saal des Stockholmer Stadthauses ebenfalls in Anwesenheit des Königs das traditionelle Nobel-Bankett statt, in dessen Verlauf der deutsche Preisträger Professor Spenmann folgende kurze Ansprache hielt:

„Wenn ich heute die höchste wissenschaftliche Ehrung, die die moderne Kulturwelt kennt, aus der Hand des Schwedenkönigs mit einem tiefen Gefühl der Dankbarkeit empfangen, so ist es nicht für mich allein; ich stehe hier als Führer eines Freundeskreises, welcher in kameradschaftlicher Verbundenheit die Kenntnisse des Lebens zu erweitern und zu vertiefen strebt. Ich stehe hier als Sohn meines Volkes, welches nichts Höheres wünscht, als in seinem Bestand gefestigt und geehrt im Kreise der Kulturvölker am Aufbau einer besseren Menschheitszukunft mitzuwirken. Als Sohn dieses Volkes grüße ich meine Kollegen aus England und Frankreich, die mit mir mit der gleichen Ehre begünstigt wurden. Ich grüße das geistreiche und ritterliche Schweden. Möge es unter seinem hohen Herrscherhause blühen und gedeihen bis in die fernsten Zeiten.“

Auf dem Festessen im Stadthaus nahm u. a. auch der deutsche Gesandte Prinz zu Wied teil.

Unterhausausprache über die Friedensvorschläge.

Eine Erklärung Edens.

DNB London, 10. Dezember.

Trotz der Erklärung Baldwins, daß jetzt keine Einzelheiten über die im Gange befindlichen Friedensverhandlungen bekanntgegeben werden könnten, bestand die arbeiterteilnehmende Opposition auf einer Ausprache über den italienisch-abessinischen Streit.

Der arbeiterteilnehmende Abgeordnete Lee Smith wies vor vollendeter Sache darauf hin, daß der Ministerpräsident die zuerst in der französischen Presse und später in allen übrigen Zeitungen erschienenen Nachrichten über die Vorschläge keineswegs als müßige Annahme bezeichnen habe. Wenn diese Berichte auch nur zur Hälfte richtig seien, so würde das bereits im Widerspruch zu den Genfer Aussagen stehen. (Beifall der Opposition.) Das Dilemma der britischen Regierung bestünde offenbar darin, daß die Regierung den Völkern und den italienischen Regime nicht gefährden möchte. Es sei ihm, Smith, unmöglich einzusehen, wie der Regus diese Bedingungen annehmen könnte, es sei denn unter der Drohung von Bomben und Gas.

Minister Eden begann seine Erwiderung mit dem Hinweis, daß der Verhandlungsausschuss des Völkerbundes ausdrücklich englisch-französische Vorschläge gebilligt habe, eine Erörterungsgrundlage zu finden. Was die Pariser Besprechungen der letzten Tage angehe, so seien zwischen einigen nicht unerheblichen Mißverständnissen aufgetaucht.

Die drei Hauptgrundzüge, auf die die Vorschläge sich stützen, sind:

1. ein Gebietsaustausch, der beiden Seiten bestimmte Vorteile bietet;
2. Völkerbundunterstützung für Abessinien zum Zweck sozialer, wirtschaftlicher und verwaltungsmäßiger Entwicklung;
3. besondere Erleichterung für italienische Siedler und italienische Gesellschaften in Verbindung mit der wirtschaftlichen Entwicklung.

Eden erwähnte alsdann die verschiedenen Presseberichte und sagte, daß viele von ihnen schwerwiegende Ungenauigkeiten enthielten. Es sei ihm zur Zeit nicht möglich, die in Paris erörterten Vorschläge allgemein bekanntzugeben. (Beifall auf den Regierungsbänken.) Eine Veröffentlichung der Vorschläge zu diesem Zeitpunkt würden ihren Zweck verfehlen. Ein solcher Schritt komme erst dann in Frage, wenn die zuständigen Völkerbundsorgane die Vorschläge erwogen und einen Beschluß hierüber gefaßt hätten.

Einheitsfront aller ägyptischen Parteien.

Die Kundgebungen und Unruhen werden sofort aufhören, wenn...

Kairo, 10. Dezember.

Alle ägyptischen Parteien haben sich auf einer am Montagabend stattgefundenen Sitzung geeinigt. Damit ist eine Einheitsfront aller ägyptischen Parteien hergestellt.

Auf einer weiteren Sitzung, die die Parteien für Dienstag einberufen haben, wollen die verantwortlichen Vertreter der einzelnen Parteien die Durchführung ihrer Montagabend festgelegten Ziele beraten.

In Verlauf dieses Beschlusses zu einer gemeinsamen Durchführung der Ziele ist ferner beschlossen worden, an den König eine Petition zu richten, die die Bitte um Wiedererrichtung der ägyptischen Verfassung von 1923 enthält. Gleichzeitig damit ist beschlossen worden, dem britischen Oberkommissar die Forderung auf Unterzeichnung des zwischen Nubas Pascha und Scharif im Jahre 1930 festgelegten englisch-ägyptischen Vertrages zu unterbreiten. Hierzu verlautet, daß man dabei den englischen Wünschen hinsichtlich der Sudanfrage entgegenkommen will. Das würde praktisch die Lösung des Sudans von Ägypten bedeuten.

Die Erregung der Stadt hält weiter an. Die städtischen Verkehrsmittel sind fast völlig stillgelegt. In den Morgenstunden des heutigen Dienstag ereigneten sich wieder verschiedentlich Zusammenstöße.

Am Montagabend mit dem Beschluß der ägyptischen Eisenbahnverwaltung, die Eisenbahnlinie Alexandria-Fuka um 100 km bis Mexia zu verlängern, wird jetzt bekannt, daß der Verlängerungsbau innerhalb von zwei Monaten fertiggestellt werden soll. Für diesen Zweck ist eine halbe Million Mark bereitgestellt worden; diese Summe ist allerdings zunächst nur für den Arbeitsbeginn veranschlagt. Dieser Verlängerungsbau bedeutet schon rein militärisch eine wichtige Vereinfachung der Nachschubfrage nach Mexia Matru, dem für Ägypten strategisch bedeutenden Mittelmeerhafen.

Der bei den Unruhen in Kairo am Montag schwerverwundete Student ist im Krankenhaus gestorben.

Die Führer sämtlicher ägyptischen Parteien werden am Mittwoch zu einer feierlichen Sitzung zusammenkommen und die Eingaben an den König und den britischen Oberkommissar unterzeichnen. Die Parteiführer wollen außerdem eine gemeinsame Kundgebung an das ägyptische Volk herausgeben, in der die Einheitsfront sämtlicher Parteien in dem Streben nach einem gemeinsamen nationalen Ziel fundgegeben werden soll.

Bis auf unbedeutende Zusammenstöße herrschte am Dienstag in der ganzen Stadt Ruhe. Man sieht dies allgemein als erste Folge der Einigung an. In politischen Kreisen wird betont, daß die Kundgebungen und Unruhen sofort aufhören würden, wenn England den ägyptischen Wünschen entgegenkommen wird. Man rechnet mit dem Rücktritt des Kommissars Reffim Pascha. Wie verlautet, sollen die Parteiführer die Neubildung des Kabinetts nicht übernehmen, sondern wünschen ein Übergangskabinett bis zur Entscheidung über ihre beiden genannten Forderungen.

„Die Eisenbahn-Olympiade.“

Festlicher Abschluß der Hundertjahrfeier der Deutschen Reichsbahn.

Berlin, 10. Dezember.

Die großen Hundertjahrfeiern der Deutschen Reichsbahn, die am Sonntag durch die richtungweisende Rede des Führers und Reichkanzlers in Nürnberg ihren Höhepunkt erreichten, fanden am Montagabend in der Reichshauptstadt in sämtlichen Sälen von Kroll ihren feierlichen Abschluß durch einen großen Abendempfang. Unter den Gästen bemerkte man u. a. die Reichsminister Eick von Ribbentrop und Selbde, die Staatssekretäre Lammer, Meißner, Königs, Pundtner und Staatssekretär a. D. Combiel, zahlreiche Vertreter des diplomatischen Korps, Vertreter der europäischen Eisenbahngesellschaften, Vertreter der verschiedenen Parteileitungen, der Wehrmacht, der Wissenschaft, der Industrie, Wirtschaft und des Handels.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dr. P. Müller, begründete die Feierlichkeiten aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens der deutschen Eisenbahnen als die Eisenbahn-Olympiade. Er schloß seine Begrüßungsworte mit dem Wunsch, daß der Streit und Haß zwischen den Völkern recht bald ein Ende finden, daß die Wirtschaft sich dagegen aufrufen möge, die Schranken niederzulegen, die die Völker trennen. Die Eisenbahnen wollten die Schrittmacher zu diesem Friedenswert sein.

Dann erging der Reichsverkehrsminister Freiherr von Eick-Rübenach das Wort:

Wenn wir heute die Freude haben, so führte er u. a. aus, so viele ausländische Gäste unter uns zu sehen, so ist ihre Teilnahme an unserm Fest der beste Beweis für die hohe Bedeutung der Eisenbahnen im Leben der Völker. Sie ist zugleich eine Anerkennung der Aufgabe, die Deutschland im internationalen Verkehr zufällt. Über diese Aufgabe wird man sich fortan klar, wenn man einen Blick auf die Karte wirft. Ein klarer, nie vergebender

Zur Opposition gewandt, erklärte Eden, es werde Sache des Völkerbundes sein, zu sagen, ob die Grundzüge der Genfer Sachung verlegt worden seien. England werde sich dann nicht beklagen, sondern dieses Urteil annehmen, ebenso wie es bereit gewesen sei, seine Rolle bei dieser sehr unwillkommenen Aufgabe zu spielen. Er werde sich am Mittwoch nach Genf begeben, weil die Politik der britischen Regierung sich auch weiterhin auf die Mitgliedschaft beim Völkerbund stütze.

Beruhigende Erklärung Baldwins im Unterhaus.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

„Die Kabinettsbesprechungen über die Gesamtheit des Pariser Friedensplanes haben ein so ernstes Stadium erreicht, daß die Dominien zu den Beratungen hinzugezogen werden müßten.“

Die Oberkommissare Australiens, Südafrikas, Kanadas und Neuseelands hatten im Laufe des Nachmittags im Foreign Office mit Minister Eden eine Aussprache, deren Mittelpunkt die jetzt dem Kabinett vorliegende Formel für die Lösung des abessinischen Konfliktes war.

Ein Beamter der abessinischen Gesandtschaft in London erklärte, eine hier vorliegende Meldung aus Addis Abeba, daß die abessinische Regierung es ablehne einen Friedensplan in Erwägung zu ziehen, der die Abtretung abessinischer Gebiete an Italien einschloße, würde, gebe die Stellungnahme des Regus richtig wieder.

Zusammentritt des Genfer Sachverständigenausschusses.

Genf, 10. Dezember.

Der Sachverständigenausschuss für die Durchführung der Sanktionsmaßnahmen trat am Dienstag nach gegenseitiger Pause unter dem Vorsitz des schwedischen Vertreters Westman wieder zusammen, um die weiteren Antworten der verschiedenen Regierungen zu prüfen und den Bericht an den Präsidenten der Sanktionskonferenz fertig zu stellen.

Der 18er-Ausschuss, der die Erweiterung der Kohlenexporte beschließen soll, wird, wie verlautet, am Donnerstag in Anwesenheit von Eden und Laval zusammentreten. Ob es zur Beschlußfassung kommt oder ob der Schwerpunkt der Genfer Arbeiten in den Völkerbundstaat bzw. in einen neu einzuwehenden Runder-Ausschuss verlagert wird, hängt von der Stellungnahme Italiens ab, die für den heutigen Dienstag oder Mittwoch erwartet wird.

„Parteitag der Freiheit.“

80 Bildbroschüren vom Reichsparteitag 1935.

Berlin, 10. Dezember.

Soeben erschien im Verlag „Zeitgeschichte“ Berlin, wie jedes Jahr, ein Buch, das 80 Bildbroschüren vom Reichsparteitag zu Nürnberg enthält. Das Buch trägt den Titel „Parteitag der Freiheit“ und ist herausgegeben von dem ständigen fotografischen Begleiter des Führers und Reichsbildberichterstaters der NSDAP, Heinrich Hoffmann. Er bringt uns den Parteitag noch einmal in einer Fülle herrlicher Bilder nahe, wie sie kein anderer Bildberichterstatler Deutschlands vorzuweisen vermag. Denn Heinrich Hoffmann ist ein Meister in seinem Fach. Er war auch in Nürnberg wieder einer der ganz wenigen, die alles sahen, die alles miterlebten.

Das Geleitwort zu dem Buch und knappe und treffende Unterschriften zu den Bildern schrieb ebenfalls ein Mann, den man vielfach in der Begleitung des Führers sieht, Alfred Ingemar Berndt.

„Echo de Paris“ in Deutschland verboten.

Wegen Verbreitung von Lügenmeldungen.

DNB Berlin, 10. Dezember.

Das „Echo de Paris“ behauptet in seiner Sonntagsausgabe trotz des vom DNB am 6. Dezember gegebenen deutschen Dementis wiederum, daß der Führer und Reichkanzler einen französischen Großindustriellen empfangen habe. Diese neuerliche Behauptung ist umso unverfroren, als sich das „Echo de Paris“ wohlweislich hütet, seinen angeblichen Gewährsmann oder seine Informationsquelle für diese Lügenmeldung zu nennen, ansehnend weil er befürchtet, dann vor aller Welt als Lügner entlarvt zu sein.

Ferner stellt das Blatt erneut Kombinationen im Zusammenhang mit dem Besuch des französischen Botschafters beim Führer und Reichkanzler an, die jeglicher Grundlage entbehren.

Da dieses Blatt mit seinen lügenhaften Behauptungen erneut unter Beweis stellt, daß es anscheinend auf nichts anderes als ewige Völkerverhetzung abzielt, verleiht es sich selbst, daß es für das gesamte Reichsgebiet verboten wurde.

Französische Kreditsanleihe in Höhe von zwei Milliarden aufgelegt.

DNB Paris, 10. Dezember.

Die französische Regierung hat am heutigen Dienstag die Zwei-Milliardenanleihe aufgelegt. Die Anleihe ist ausschließlich für Zwecke der Landesverteidigung bestimmt.

Am Montagabend fand eine Besprechung der Vertreter der Pariser Großbanken mit leitenden Persönlichkeiten des Finanzministeriums statt. Bei dieser Besprechung versicherten die Vertreter der Großbanken, daß die Zwei-Milliardenanleihe den gleichen Erfolg haben werde wie die früheren Anleihen der Eisenbahngesellschaften. Die neue Anleihe wird zu fünf Prozent verzinst und soll in 30 Jahren amortisiert sein.

Der Opfertag der Römerinnen am „Tag der Traurigen“.

Rom, 10. Dezember.

Der Beschluß der Mütter und Väter im Weltkrieg Gefallenen, auch die goldenen Trauringe dem Vaterland zur Stärkung des Widerstandes gegen die Sanktionen zu opfern, hat eine allgemeine Zustimmung und tiefe Wirkung in ganz Italien gefunden. Das italienische Königspaar selbst wird, wie die Königin in einem eindringlichen Schreiben an das Komitee der Kriegswitwen und -Mütter mitgeteilt hat, seine Trauringe abgeben und sie für elterne eintauschen. In besonders feierlicher Weise wird der Opfertag der Römerinnen vor sich gehen. Am 18. Dezember, dem „Tag der Traurigen“, wird in Rom, gegenüber dem Grab des unbekannten Soldaten, ein großer Schmelztiegel aufgestellt werden, um die Ehre der von den Händen der italienischen Frauen zu empfangen. Die Frauen Roms werden geführt von Königin Elena, in Dreierreihen auf einer Treppe zum Denkmal emporsteigen, ihre Ringe in den Tiegel werfen und in der gleichen Ordnung auf der anderen Seite wieder herabsteigen.

Wohl nicht hier, sollen in allen italienischen Orten, die ein Gefallenendenkmal besitzen, Opferaltäre aufgestellt werden, um in ähnlicher Weise die Ringe aufzunehmen. Es wird erwartet, daß 8 Millionen von insgesamt 10 Millionen Ringen dem italienischen Staat zum Opfer gebracht werden; man glaubt, daß die restlichen 2 Millionen bereits abgeliefert worden sind.

8000 Tafeln des „Tages der Schande“.

Am die berühmte, Jahrhunderte alte Industrie in den Marmorbrüchen von Carrara vor dem Verfall zu bewahren, schreibt ein Erlass der italienischen Regierung vor, daß in Verbindung mit dem „Tag der Sanktionen“ an 8000 Kacheln in dem ganzen Land Gedenktafeln aus diesem schmerzhaften Marmor angebracht werden sollen. Diese Tafeln werden, nach einem Beschluß des schiedlichen Rates, bis in alle Ewigkeit das Datum des 18. November 1935 tragen, eines „Tages der Schande und Ungerechtigkeit in der Weltgeschichte“. Die Tafeln sollen etwa zwei Meter hoch, einen Meter breit und 25 Zentimeter dick sein.

Schweres Unwetter über Griechenland.

Sturm und Ueberschwemmungen. — Bevölkerung flieht vor dem Hochwasser auf die Bäume.

DNB Athen, 10. Dezember.

Ganz Griechenland ist von schweren Stürmen und Ueberschwemmungen heimgesucht worden, die große Schäden verursachten. In Itea bei Delphi wurden 130 Häuser zerstört. In Ranagda (Thessalien) wurden die Einwohner plötzlich von der Flut überfallen und mußten sich auf Bäume retten. An den Strömen (Majedonien) sind Rettungsboote entsandt worden. Die durch die Ueberschwemmungen angerichteten Schäden und Verwüstungen sind insbesondere für die Landwirtschaft außerordentlich groß. Man befürchtet auch, daß Menschen ums Leben gekommen sind.

Das Unwetter hat auch am Dienstag schwere Schäden verursacht. In Saloniki wurden die Straßen mit viel Schnee und viel Wasser umgelenkt. Das jugoslawische Komitat ist von Wasserfluten eingehüllt. Ein sehr starker Schneeeinfluss hielt den Fluß nicht mehr hind und durch die ganze Umgebung wurde überflutet. Die schweren Stürme haben auch die Schifffahrt fast lähmt. Mehrere Dampfer sind bisher in ihrem Bestimmungshafen nicht eingetroffen. Aus Mazedonien wird starke Kälte und außergewöhnlicher Schneeeinfluss berichtet. Viele Einwohner sind in dem meterhohen Schnee erstoren.



Se Anhol Nummer Die Voll Der Ehren Von unser

Die Schen v Kinderzahl sind alger Jahren de bar machen. W am Mart der A war, wurde nur allgemeine Leben lich gehaltene S deren Instinkte Besondere der Abneigung gegen wirtschaftlichen Feib führte und beschränkung als talistische Aussehen mordenden Chor Hintergrund der völkeringer erblich terger nichts i laß im mater vor dem Kriege, zeit in den weite breitete. Es herr Diesseitsseit, d gebante war. A Wäße verhalten hauptung des de Kaffe nur davon Kraft und der st Volk neu gefäkt wurden als norm mit hier oder m Wäße und Spötter mer erging Es eile als verantwort gnyliche Unverfro perität gleich Gebrauch des W ärmeren Schichten „Reichen“ und „G Seid der Ma kismus hat sich er ten Volkstreifen haben erheblich a auch, daß der V wach ist. Was i als Anfan gel Kind oder mit n den Fortbestand d mit hier oder titel „Vollstam schiden über die i die ergebnie wieder zu vol und damit den Un welt ihn die Zuk

Als sichtbares A Anregung des Re rende kinderliche der K indere durch ihr Beis ergebnen d er zu dem i und Verständt ein, darf nicht begriff bleiben; das tüchtigen Kinderrei liegen, muß ausge gerade, die allein der deutschen Zukl Elternpflicht erfüll die in der Nachtri Denen verwirrt s licht weichen, es Ailer werden wertvollste B ein berechtig

Materielle und Ueberwindung des des Nährlandes, l lung, Steuerreform sind im Gange. S bestehenden kinderr die Zahl dieser nahme. Materie die Möglichkeit hier auf den es ant sinnung und läß erzeugen.

Die heute in A Ehrenführeranges